

Paul, Michael

Research Report

Grönlands Projekt Unabhängigkeit: Ambitionen und Aussichten nach 300 Jahren Zugehörigkeit zum Königreich Dänemark

SWP-Aktuell, No. 2/2021

Provided in Cooperation with:

Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), German Institute for International and Security Affairs, Berlin

Suggested Citation: Paul, Michael (2021) : Grönlands Projekt Unabhängigkeit: Ambitionen und Aussichten nach 300 Jahren Zugehörigkeit zum Königreich Dänemark, SWP-Aktuell, No. 2/2021, Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), Berlin, <https://doi.org/10.18449/2021A02>

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/255755>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

SWP-Aktuell

NR. 2 JANUAR 2021

Grönlands Projekt Unabhängigkeit

Ambitionen und Aussichten nach 300 Jahren Zugehörigkeit zum Königreich Dänemark

Michael Paul

Im Königreich Dänemark steht 2021 ein wichtiges Jubiläum an: Am 12. Mai 1721 ist der evangelische Pfarrer Hans Egede mit dem Segen des dänischen Monarchen aufgebrochen, um die Insel Grönland zu missionieren. Für manche Grönländer markiert das Datum den Anfang der Fremdherrschaft über ihre Insel. Sie sehen in der 300-jährigen Wiederkehr des Ereignisses weniger einen Anlass zu feiern als einen Anstoß, sich unabhängig vom Königreich zu erklären, dem sie seit 2009 als autonomes Gebiet angehören. Ähnlich kontroverse Aufmerksamkeit wie die Statue Egedes in der grönländischen Hauptstadt Nuuk findet immer noch die Idee von US-Präsident Donald Trump, seinem Nato-Verbündeten die Insel in einer Art Immobilienhandel abzukaufen. Die arrogante Attitüde hat die Grönländer verärgert, aber auch verunsichert, weil sie die prekäre Grundlage ihres Projekts Unabhängigkeit offenbart hat. Denn angesichts fehlender staatlicher und wirtschaftlicher Voraussetzungen erscheint eine Loslösung von Dänemark nur auf lange Sicht realisierbar. Ein neuer ehrgeiziger Premierminister in Nuuk könnte dem Unabhängigkeitsprozess aber 2021 eine neue Dynamik verleihen.

Nur eine politische Kraft in Grönland, die populistische Partei Naleraq des ehemaligen Premierministers Hans Enoksen, wollte die Unabhängigkeit der Insel schon am Nationalfeiertag, dem 21. Juni, erklären – an diesem Tag wurde Grönland 2009 die Selbstverwaltung im Königreich Dänemark zugesprochen. Ein Großteil der Bevölkerung hat weniger Eile und will sich von Kopenhagen in einem längeren Prozess lösen. Noch scheint Grönland nicht reif für die Unabhängigkeit. Das meint auch Kuupik Kleist, der als Premierminister das Land 2009 in die Selbstverwaltung geführt hat. Damals stellte die Partei Inuit Ataqatigiit erstmals den Ministerpräsidenten. Kleist

verweist darauf, dass die Grönländer längst alle innerstaatlichen Aufgaben hätten übernehmen können, von der Gerichtsbarkeit über die Polizei bis zum Finanzwesen, und Dänemark 2009 bloß die Kontrolle über die Außen- und Sicherheitspolitik behalten wollte. »In dem Gesetz zur Selbstverwaltung wurde uns [...] zugestanden, 32 hoheitliche Aufgaben zu übernehmen. Aber wir haben in zehn Jahren gerade einmal eine dieser Aufgaben übernommen – die Aufsicht über die Rohstoffe.« Viele redeten nur gern über die Unabhängigkeit, engagierten sich aber nicht dafür. Kleist fürchtet, dass auch die nächste Generation nicht aus der herrschenden Versorgungsmentalität herausfindet.



Der seit 2014 amtierende Premierminister der grönländischen Landesregierung, Kim Kielsen, hat das langfristige Ziel der Unabhängigkeit immer wieder bekräftigt. Trotz erheblicher Verluste bei den Wahlen 2018 galten der Sieg der Regierungspartei Siumut und seine Wiederwahl als Bestätigung für die Behutsamkeit, mit der die politische Führung den Unabhängigkeitsprozess anging. Als Grund für dieses vorsichtige Vorgehen wird vor allem die finanzielle Abhängigkeit der Insel angeführt. Vorrangiges Ziel sollte es gemäß Kielsen sein, die eigene Wirtschaft zu stärken und die Abhängigkeit von Dänemark weiter zu verringern. Am 29. November 2020 wurde Kielsen jedoch als Chef der Siumut («Vorwärts») abgewählt; sein Nachfolger Erik Jensen will sich stärker für die Unabhängigkeit engagieren und wird voraussichtlich Kielsen auch als Premier ablösen, wenn sich das Parlament 2021 wieder zu seiner ersten Sitzung trifft.

Der Prozess der grönländischen Staatswerdung ist an sich schon schwierig. Zudem überschneiden sich in der Arktis die Grenzen von Nationalstaaten und die Siedlungsgebiete transnationaler indigener Bevölkerungsgruppen. So umfasst der Inuit Circumpolar Council (ICC) geografisch Alaska, Kanada, Grönland und Tschukotka.

Grönlands Einwohnerzahl beträgt 56 081 (Stand 1.1.2020) und besteht zu fast 90 Prozent aus Inuit. Die grönländische Selbstverwaltung ist somit ein Teil der transnationalen Inuit-Gemeinschaft, andererseits strebt Grönland danach, ein Staat im traditionellen Sinne mit voller formaler und das heißt auch außenpolitischer Souveränität zu werden. Letzteres ist für Nuuk ein wichtiger Faktor, denn mit der Aufwertung des internationalen Status geht die Fähigkeit einher, externe Investitionen anzuziehen. Kopenhagen muss dieses ambivalente Verhalten aushalten und zugleich versuchen, den Ablösungsprozess mitzugestalten. Viel wird also auch davon abhängen, ob und wie sich die Zielkonflikte auf beiden Seiten auflösen lassen.

Infrastruktur und Außenpolitik

Der dänische Regierungschef Lars Løkke Rasmussen erschien im September 2018 persönlich in Grönlands Hauptstadt, um ein Finanzpaket zu präsentieren, das dem Ausbau der Flughäfen in Nuuk und in Ilulissat sowie der weiteren Förderung der einheimischen Wirtschaft dienen sollte. Rasmussen wollte damit zwei Probleme gleichzeitig lösen, nämlich Nuuk die nötigen Mittel für die genannten Vorhaben verschaffen und Washington die Befürchtung nehmen, dass Grönland durch ein Übermaß an chinesischen Investitionen von Peking abhängig werden könnte.

Denn Grönland hat weder inselweite Straßen- noch Eisenbahnverbindungen und bisher gibt es nur einen Flughafen, auf dem auch Großraumflugzeuge aus Asien, Europa oder Nordamerika zuverlässig landen können, nämlich Kangerlussuaq. Statt dort die Pisten zu erneuern, plante Grönlands Selbstverwaltung, die Startbahnen der beiden Regionalflughäfen nahe Nuuk und der touristisch attraktiven Küstenstadt Ilulissat zu verlängern, damit dort ab 2023 internationale Flüge landen können. Außerdem soll Qaqortoq in Südgrönland einen Regionalflughafen erhalten. Bisher können dort, wie bei den meisten Flugplätzen, nur Helikopter landen.

Das eigentlich unspektakuläre Flughafenprojekt ist in mehrfacher Hinsicht brisant: innenpolitisch als wichtiges Teilstück auf Grönlands Weg in die Unabhängigkeit im Sinne wirtschaftlicher Entwicklung; außenpolitisch als Menetekel einer drohenden Abhängigkeit von China und sicherheitspolitisch als Symbol der Verteidigungskooperation mit den USA. Denn Kopenhagen will Grönland natürlich im Königreich halten und muss zugleich seine Unabhängigkeit fördern. Ohne Hilfe zur Selbsthilfe würde es die Unterstützung der grönländischen Bevölkerung und am Ende seine geopolitisch herausragende Position als Arktisstaat verlieren. Dabei geht es nicht nur um die Entwicklung und Förderung grundlegender Elemente grönländischer Staatlichkeit. Dänemark muss zugleich einen Ausweg aus dem sicherheitspolitischen Dilemma finden (ohne

es völlig auflösen zu können), dass es einerseits die Souveränität der Insel nicht allein bewahren kann, aber andererseits den USA nicht die effektive Kontrolle über die Insel überlassen darf. Denn damit wäre auch das Ende Dänemarks als Arktisstaat verbunden – und dies in einer Zeit, in der die Großmacht Konkurrenz in der Region wächst und sich die Sicherheitslage verschlechtert.

Als wichtiges Infrastrukturvorhaben fällt der Ausbau von Flughäfen in die Kompetenz der Landesregierung, die im Rahmen des 2009 in Kraft getretenen erweiterten grönländischen Autonomiestatuts die meisten Aspekte des politischen und wirtschaftlichen Lebens selber regeln kann. Nur bei der Außen- und Sicherheitspolitik liegen die Kompetenzen noch in Kopenhagen, denn als Teil des Königreichs untersteht Grönland diesbezüglich der dänischen Regierung. Diese stuft das Bauvorhaben als sicherheitsrelevantes Problem ein. Ihre Sorge galt der China Communications Construction Company (CCCC), die auf der Shortlist der grönländischen Flughafengesellschaft Kalaallit Airports für mögliche Partner beim Bau und der Finanzierung der Flughafenprojekte aufgetaucht war. CCCC ist in Seidenstraßen-Projekte involviert, mit denen Peking seinen Einfluss global auszuweiten versucht. Dänemark fürchtete, dass Chinas Engagement die Verteidigungszusammenarbeit mit den USA in Bezug auf Grönland gefährden könnte. Schon 2016 hatte die chinesische General Nice Group versucht, in Grønneidal das Gelände der ehemaligen US-Marinebasis zu erwerben – dies war nach einer Intervention Washingtons von Kopenhagen verhindert worden.

Für die grönländische Landesregierung wiederum sind die Flughäfen eine Frage der Infrastruktur und nicht der Sicherheitspolitik. Um unabhängig werden, sind wirtschaftliche Diversifizierung und Investitionen nötig. Gemäß Autonomievertrag hat Nuuk zwar das Recht auf Unabhängigkeit, doch kann es sich diese noch nicht leisten. Das Königreich trägt mit der sogenannten Blocksubvention von jährlich umgerechnet fast 500 Millionen Euro etwa die Hälfte der öffentlichen Ausgaben; diese Gelder ent-

fallen bei einem Gang in die Unabhängigkeit. Die Einnahmen aus dem Fischfang, der rund 95 Prozent der grönländischen Exporte ausmacht, und der Tourismus können dies nicht ausgleichen. Jedoch könnte die Förderung von Rohstoffvorkommen den Ausfall der dänischen Zahlungen kompensieren. Allein die Vorkommen der für die Elektronikbranche wichtigen seltenen Erden könnten die globale Nachfrage für 150 Jahre decken. Auch verfügt die Insel über Erze sowie Gas- und Ölvorkommen.

Weitere ausländische Investitionen sind also entscheidend, um unabhängig zu werden. Gleichzeitig soll eine zu große Abhängigkeit von ausländischen Firmen vermieden werden. Die grönländische Regierung hat ein Strategiedokument vorgelegt mit dem Ziel, die Bedingungen für Bergbauunternehmen zu verbessern und gleichzeitig den eigenen Nutzen in Bezug auf Arbeitsplätze, höhere Einnahmen und Wissensaufbau zu maximieren.

Wenn Touristen und Investoren in einigen Jahren auf den neuen Flughäfen landen, könnte ihr Kapital helfen, die Unabhängigkeit umzusetzen. Auf diesem Weg sind aber noch zahlreiche Hindernisse zu überwinden; so liegt die Rohstoffförderung zwar regionalpolitisch in der Verantwortung von Nuuk; im Fall von Uran hat sie aber politische Implikationen für das ganze Königreich. Daher stellen Uranabbau und Chinas Investitionen grundsätzlich in Frage, was »Sicherheit« im und für das Königreich bedeutet, und berühren damit die dänischen Vorbehaltsrechte. Kopenhagen gerät in die schwierige Lage, das an sich schon historisch belastete und durch das Unabhängigkeitsstreben komplizierte Verhältnis zu seiner ehemaligen Kolonie nun im Kontext einer Interessenpolitik der rivalisierenden Großmächte USA und China ausgleichen und stabilisieren zu müssen.

Grönland in der sino-amerikanischen Konkurrenz

Nuuk hat proaktiv chinesische Ambitionen auf eine Präsenz in Grönland gefördert; im

Oktober 2017 führte Premierminister Kielsen eine Delegation nach Peking. Der seit 2014 amtierende Regierungschef hat ausländische Beteiligungen an der grönländischen Minenindustrie befürwortet und forciert, während andere politische Kräfte solche Investments mit Vorbehalten betrachten und speziell im Uranabbau ablehnen.

Peking wiederum interessiert sich für Grönland sowohl aus ökonomischen als auch strategischen Gründen. Es betrachtet die Insel als potentiellen Stützpunkt auf seiner Seidenstraße. Eine »kleine und schwache grönländische Nation« könne künftig das »wichtigste Glied für die erfolgreiche Umsetzung der polaren Seidenstraße« sein, heißt es in einem Papier chinesischer Arktisforscher. US-Außenminister Pompeo erinnerte in diesem Kontext – ähnlich wie zuvor der dänische Regierungschef Rasmussen – an Chinas Vorgehensweise im indo-pazifischen Raum, die darin besteht, kleinere Staaten durch Überschuldung abhängig zu machen. Bislang ist eine derartige Strategie in Grönland aber nicht erkennbar, vielmehr überwiegen kommerzielle Interessen.

Grönland verfügt über große Lagerstätten seltener Erden. Deren weltweite Verarbeitung wird mit einem Marktanteil von fast 80 Prozent von China dominiert, das praktisch die gesamte Wertschöpfungskette kontrolliert; als »extremes Beispiel westlicher Abhängigkeit« müssen die USA derzeit den Großteil ihres Bedarfs an seltenen Erden aus China einführen. Weltweit steigt die Nachfrage nach diesen Metallen, da sie für wichtige Zukunftstechnologien gebraucht werden, zum Beispiel für elektrische Traktionsmotoren für Hybrid-, Elektro- und Brennstoffzellenfahrzeuge, für Hochleistungsmagnete und vernetzte Industrie-4.0-Anwendungen. Da all diese Technologien im Militärbereich verwendet werden, sind sie auch für die Funktionsfähigkeit moderner, vernetzter Armeen elementar.

Große Reserven der Metalle werden in Kringlerne und Kvanefjeld im Süden Grönlands vermutet. Neben seltenen Erden soll auch Uran durch die australische Greenland Minerals and Energy (GME) gefördert

werden, an der das chinesische Unternehmen Shenghe Resources beteiligt ist. Die Kooperationsvereinbarung, die Shenghe im Jahr 2019 mit der China National Nuclear Corporation traf, war dann jedoch Anlass für die Oppositionspartei Inuit Ataqatigiit, kritisch nach dem Inhalt dieser Übereinkunft, den Auswirkungen auf die Umwelt und den chinesischen Interessen zu fragen. Bislang ist die Förderung von Uran und seltenen Erden allerdings an drei aufeinanderfolgenden Umweltschutzprüfungen gescheitert. Die schon erwähnte Firma General Nice hält darüber hinaus die Förderrechte an einer Mine im westlich gelegenen Isua und ganz im Norden der Insel, am Citronen-Fjord, ist eine Zink-Mine geplant; die australische Firma Ironbark hat dazu eine Vereinbarung mit China Nonferrous Metal geschlossen.

Die reichen Ressourcen und die strategische Lage der Insel veranlassten die USA schon drei Mal, 1867, 1946 und 1960, ihr Kaufinteresse zu bekunden. Die Idee von US-Präsident Trump, Grönland mitsamt seiner Bevölkerung in einer Art Immobilienhandel (»a large real estate deal«) vom Nato-Verbündeten Dänemark zu kaufen, beruht auf einer Mischung alter und neuer Überlegungen. Neben den großen Vorkommen seltener Erden ist die strategische Lage Grönlands für die USA wegen der russischen Raketenrüstung speziell bei hyperschallschnellen Waffen noch wichtiger als früher geworden.

Die dänische Premierministerin Mette Frederiksen, die im Juni 2019 die Regierung von Rasmussen übernommen hatte, wies Trumps Ansinnen als »absurde« Idee zurück. In Nuuk erklärte Regierungschef Kielsen, dass Grönland nicht zum Verkauf stehe. »We're open for business, not for sale«, stand in einer Twitter-Nachricht des grönländischen Außenministeriums. Einmal abgesehen vom Völkerrecht, läge es gemäß dem Autonomiestatut an Nuuk (und nicht an Kopenhagen), darüber zu entscheiden, ob Grönland ein Teil der USA werden solle. Trotz der harschen Ablehnung versicherte Frederiksen den USA aber, dass Dänemark eine »verstärkte strategische

Kooperation in der Arktis« begrüßen werde – ein offensichtliches Eingeständnis der sicherheitspolitischen Abhängigkeit von Washington.

Tatsächlich sind die Insel und die Basis in Thule auch für die USA außerordentlich wichtig. Aus geostrategischer Perspektive liegt Grönland an der Spitze Nordamerikas; die raumbeherrschende Dimension und die damit verbundene Bedeutung der Insel sind für Washington inzwischen noch brisanter, weil Grönland seine Unabhängigkeit anstrebt und China dort wachsende Präsenz zeigt. Außerdem führt Russland nahezu seine gesamten Aufklärungsflüge über dem Nordatlantik immer nahe oder über Grönland durch, weil dies die navigatorisch kürzeste Flugstrecke vom westlichen militärischen Distrikt Russlands zur Ostküste der USA ist (ähnliches gilt für ballistische Raketen). Die Insel bildet zudem die westliche Begrenzung des sogenannten »GIUK Gap«; damit wird eine zwischen Grönland, Island und der Nordspitze des Vereinigten Königreichs (UK) gedachte Linie beschrieben, die Schiffe und U-Boote der russischen Nordflotte durchqueren müssen, wenn sie in den Atlantik gelangen wollen. Südlich des GIUK Gap und der Labradorsee beginnt dann die so wichtige – auch zivile – maritime Infrastruktur der Unterseekabel.

Der grönländische Außen- und Industrieminister Vittus Qujaukitsoq forderte 2017 eine Neuverhandlung des Abkommens, das Washington die Hoheit über die Air Base Thule (Pituffik) zusichert; es sei Zeit, dass Grönland seine »sicherheitspolitische Autonomie« zurückerlange (die es als solche nie hatte). Der Militärstützpunkt wurde im Einvernehmen mit Dänemark während des Zweiten Weltkriegs errichtet. Dort befinden sich unter anderem die größte und nördlichste von weltweit acht Satellitenbodenstationen zur Raketenfrühwarnung und Weltraumüberwachung und der nördlichste Tiefseehafen der USA.

In einem trilateralen Abkommen haben die USA, Dänemark und Grönland im Oktober 2020 erklärt, dass die Sicherheit und der Wohlstand der drei Beteiligten auch in Zukunft von einer starken transatlantischen

Kooperation abhängen; dafür habe die Basis in Thule zentrale Bedeutung. Neben wirtschaftlichen Vorteilen – die Basis soll nun ab 2024 von einheimischen Firmen unterhalten werden – hat das Abkommen großen Wert für die Regierung in Nuuk, weil es die Aufwertung Grönlands als außenpolitischer Akteur bezeugt.

Die USA eröffneten 2020 in Nuuk nach fast siebenjähriger Pause wieder eine diplomatische Vertretung und offerierten ein Finanzpaket von 12,1 Millionen US-Dollar, um die weitere Entwicklung Grönlands in den Bereichen Rohstoffwirtschaft, Tourismus und Bildung zu unterstützen (wobei ein Großteil der Gelder für US-amerikanische Beratungsleistungen vorgesehen ist).

Allerdings stießen die US-Angebote auf wenig Zustimmung und statt als Unterstützungsofferte wurden sie sogar als Versuch einer Unterminierung der dänisch-grönländischen Beziehungen bewertet. Letztlich hatte Trumps Kaufangebot den Effekt, dass sie im dänischen Parlament neues Interesse dafür weckte, Grönland eine bessere Zukunft im Königreich zu verschaffen.

Verlorene Heimat vs. Schatzinsel: Zwiespältige Folgen des Klimawandels

Das Schwinden der polaren Meereisdecke hat allein schon vielfältige globale Auswirkungen. Aber noch dramatischer werden die Folgen sein, die sich aus dem Schmelzen des stellenweise über drei Kilometer dicken Eispanzers ergeben, der etwa 80 Prozent Grönlands bedeckt und eine der größten Süßwasserreserven der Erde darstellt. Allein im Zeitraum 2002 – 2016 hat die Insel im Durchschnitt jährlich etwa 280 Milliarden Tonnen Eis verloren – und die Schmelzrate hat sich seitdem vervielfacht. Das grönländische Inlandeis leistet gegenwärtig den größten Beitrag zum globalen Anstieg des Meeresspiegels. 2020 hat der Abschmelzprozess eine neue Dynamik entwickelt.

Laut einer Studie vom August 2019 waren rund 92 Prozent der befragten Grön-

länder überzeugt, dass der Klimawandel eine Tatsache ist. 76 Prozent bestätigten, die Auswirkungen des Klimawandels im Alltag persönlich zu spüren. Drei von vier Familien gaben an, von der Jagd zu leben, über die Hälfte befürchten aber, dass der Klimawandel ihrer Existenzgrundlage schaden, und knapp die Hälfte glaubte, dass auch die Fischerei beeinträchtigt werde. Manche Inuit haben Angstzustände und trauern, weil sie den Verlust ihrer Heimat spüren und tagtäglich auch sehen können. Die ökologischen Verheerungen haben so auch eine kulturelle Katastrophe ausgelöst.

Anderen erscheinen die Auswirkungen der Klimaerwärmung nützlich: »Je schneller die Gletscher schmelzen, desto mehr Aufmerksamkeit findet unser Land«, meinte der ehemalige Industrieminister Grönlands, Jens-Erik Kirkegaard, und erklärte die Insel zu einem Profiteur der Umweltveränderung. »Der Klimawandel ist geradezu eine Gratiswerbung für uns. Es wird immer leichter, Kapital anzuwerben.« Durch die klimatischen Veränderungen werden Heilbutt und Kabeljau schneller fangreif und im Süden hält sich das Gras länger, so dass für Schafe kein Futter mehr importiert werden muss. Die Erderwärmung könnte hier Neues schaffen, auch wenn es noch Dekaden dauern dürfte, bis Grönland zu dem von den Wikigern erträumten Grünland wird.

Mit einer Strategie des »Grünen Wachstums« könnten stattdessen nachhaltige und umweltverträgliche Wirtschaftszweige entwickelt werden. So hat Grönlands Industrie- und Energieminister Jess Svane (seit Mai 2020 Minister für Arbeitsmarkt, Forschung und Umwelt) angekündigt, das Schmelzwasser aus dem grönländischen Eisschild zu nutzen, um daraus Trinkwasser als Exportprodukt für den Weltmarkt aufzubereiten. Auch kann mit der aus dem Eis freiwerdenden Wasserkraft sauberer Strom produziert werden, um energieintensive Rechenzentren zu betreiben. Das arktische Klima macht den hohen Norden insgesamt zu einem idealen Standort für innovative Technologien und Dienstleistungen. Das hat auch schon die Europäische Kommission 2016 festgestellt: »Die harten klimatischen Bedin-

gungen und die empfindliche Umwelt erfordern spezialisierte Technologien und Fachkenntnisse, die hohen Umweltstandards genügen. Aktivitäten im Bereich der »grünen Wirtschaft«, wie beispielsweise nachhaltige, auf mehreren Quellen aufbauende Energiesysteme, Ökotourismus und eine mit geringen Emissionen verbundene Lebensmittelherzeugung, könnten weiterentwickelt werden.« Die EU-Kommission will bei der Suche nach Möglichkeiten für nachhaltige Wirtschaftstätigkeiten unterstützen. Sie nennt dabei explizit Sektoren der »blauen Wirtschaft« wie Aquakultur, Fischerei, Meerestourismus, Meeresbiotechnologie und Offshore-Technologien für erneuerbare Energie. Wenngleich es innerhalb der Arktis erhebliche Unterschiede gibt, kann Energie in Grönland (wie in Island) eine Wachstumsbranche sein. Auch die auf der Insel nutzbaren Energieträger Geothermie und Wasserkraft stützen diese Erwartung.

Darüber hinaus sollen Kreuzfahrttouristen zum Wachstum beitragen – solange solche Schiffsreisen »unter größtmöglicher Berücksichtigung der sensiblen Umwelt, heimischen Kultur und historischen Stätten« durchgeführt werden, wie es sich die Association of Arctic Expedition Cruise Operators« (AECO) vornimmt. Allerdings hat Grönland vermutlich dem derzeit geringen Besuchsaufkommen zu verdanken, dass es relativ wenige Covid-19-Fälle aufweist.

Investitionen und Tourismus sollen die Entwicklung Grönlands fördern, wobei es nach den Worten von Finanzminister Qujaukitsoq egal ist, ob die Gelder aus China, den USA oder Kanada stammen. Im Vordergrund stünden bessere Ausbildung und mehr Arbeitsplätze. Denn letztlich werde auch ein unabhängiges Grönland der Nato angehören und nicht, wie Djibouti in Afrika, diverse Militärstützpunkte beherbergen – einen der USA und einen Chinas.

Mehr Rechte für Grönland, aber Sicherheit im Königreich

Noch gehören Grönland und die Färöer Inseln zum Königreich Dänemark. Beide ge-

nießen jedoch schon jetzt weitgehende Selbstverwaltungsrechte und stehen aus eigenem Entschluss außerhalb der EU. Außen- und sicherheitspolitisch haben sie zwar nicht das Recht auf eine absolut eigenständige Politik, doch können sie eigene internationale Kontakte pflegen, solange diese nicht im Widerspruch zur offiziellen dänischen Linie stehen. Erik Jensen, der neue Vorsitzende der Siumut und ab 2021 voraussichtlich nächste Premier, will mehr Energie in die Unabhängigkeit investieren als sein Vorgänger Kielsen. Außerdem plant er, mehr Zuständigkeiten von Kopenhagen zu übernehmen; Konkret geht es um die Bereiche Veterinärkontrolle, Einwanderung, Schifffahrt und um mehr Verantwortung für außenpolitische Angelegenheiten.

Als souveräner Staat könnte Grönland die Zusammenarbeit mit Dänemark in Fragen der Verteidigung und Außenpolitik sowie Finanzpolitik fortsetzen. Daran wäre auch Kopenhagen interessiert, schließlich ist die Insel der Schlüssel für Dänemarks Zugang zur Arktis mit all ihren Ressourcen und Attributen – Schiffrouten, Mineralien, Fischgründe, Öl und Gas, Macht und internationale Anerkennung. Um den damit verknüpften Status aufrechtzuerhalten, wird Kopenhagen aber mehr Gelder zum Schutz und zur Verteidigung seiner Rechte investieren müssen.

Wegen des schmelzenden Meereises halten sich immer mehr Schiffe in der Arktis auf. Seit 2006 nimmt auch die Zahl der Schiffe zu, die ohne das übliche protokol-larische Verfahren die vom Nato-Mitglied Dänemark geschützten Gewässer befahren. Im August 2017 erschien der chinesische Eisbrecher *Schneedrache* unangekündigt in Sichtweite der Hauptstadt Nuuk. Noch wurde kein Fall von Piraterie, illegalem Fischfang oder gar Terrorismus publik. Aber wie soll maritime Sicherheit künftig bei immer mehr Schiffsverkehr gewährleistet werden?

Die Aufgaben einer Küstenwache hat die Königlich Dänische Marine übernommen, die dazu über drei Eisbrecher verfügt. In Grönland selbst verfügen die Einsatzkräfte derzeit über ein Flugzeug, vier Helikopter und vier Schiffe (sowie die legendäre

SIRIUS-Schlittenpatrouille), um die größte Insel der Welt mit ihrer 44 000 Kilometer langen Küstenlinie zu überwachen. Mit diesen personellen und materiellen Ressourcen sollen zugleich die Souveränität der sogenannten Reichsgemeinschaft gesichert, die Fischerei beaufsichtigt, maritime Dienstleistungen erbracht, Patiententransporte und andere soziale Aufgaben übernommen und im Notfall noch Such- und Rettungseinsätze (SAR) durchgeführt werden. Die Defizite der SAR-Einsatzmittel in der Arktis sind beträchtlich. Weniger bekannt war bisher, wie gering die Fähigkeiten zur Aufklärung zu Land, Luft und See sind – und dies trotz der US-Basis in Thule. Jenseits des 72. Breitengrads werde es »ziemlich dunkel«, meinte der ehemalige Chef der US-Küstenwache, Admiral Paul Zukunft. So sei ein Schiff in ein chinesisch-russisches Marine-manöver »gestolpert«, weil aufgrund fehlender Satellitenüberwachung eine in anderen Weltgegenden übliche Warnung der US-Geheimdienste gefehlt hatte. Der in einem Blog des U.S. Naval Institute gemachte Vorschlag, dass die US-Küstenwache die 1941 etablierte »Greenland Patrol« wieder-aufnimmt, ist daher nur konsequent. Künftige amerikanische Hilfgelder, so der Autor, sollten in die Entwicklung der Hafeninfrastuktur gesteckt werden, um diese dazu zu befähigen, gegebenenfalls Schiffe der US-Küstenwache aufnehmen zu können.

Kopenhagen will die Militärausgaben für Grönland erhöhen: 2019 waren in einem ersten Schritt 1,5 Milliarden dänische Kronen für Seeraumüberwachung vorgesehen. Dänemark verfügt über keine Satelliten, sondern nutzt die Dienste der European Maritime Safety Agency (EMSA). Allerdings kann mittels EMSA-Daten zwar eine Ölverschmutzung aufgeklärt, aber kein Kriegsschiff oder U-Boot geortet werden, wenn es seine Präsenz verschleiern will.

Aufgrund verstärkter russischer Aktivitäten in der Region haben einige Staaten ihre Präsenz zur Unterstützung der nordischen Nato-Verbündeten demonstrativ erhöht. Im August 2020 fuhr erstmals ein zur Arleigh-Burke-Klasse gehörender Zerstörer, die *USS Thomas Hudner*, in den Fjord nahe Nuuk; im

© Stiftung Wissenschaft und Politik, 2021

Alle Rechte vorbehalten

Das Aktuell gibt die Auffassung des Autors wieder.

In der Online-Version dieser Publikation sind Verweise auf SWP-Schriften und wichtige Quellen anklickbar.

SWP-Aktuells werden intern einem Begutachtungsverfahren, einem Faktencheck und einem Lektorat unterzogen. Weitere Informationen zur Qualitätssicherung der SWP finden Sie auf der SWP-Website unter <https://www.swp-berlin.org/ueber-uns/qualitaetssicherung/>

SWP

Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3–4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org

ISSN 1611-6364
doi: 10.18449/2021A02

SWP-Aktuell 2
Januar 2021

selben Monat übten dänische und französische Kriegsschiffe mit einem Schiff der US-Küstenwache vor der grönländischen Westküste. Im September führte Dänemark erstmals im Verbund mit den USA, Großbritannien und Norwegen großangelegte Manöver in der Barentssee durch. Außerdem trat zum 1. Oktober 2020 eine Kooperationsvereinbarung zwischen dem Maritimen Kommando der Nato (Maritime Command, MARCOM) und dem dänischen Arktischen Kommando in Kraft; unter anderem sollen Lagebildinformationen ausgetauscht und die Koordination verstärkt werden. Das Arktische Kommando ist Teil der dänischen Streitkräfte und fungiert seit Oktober 2012 als Verbindungsstelle zwischen den dänischen Streitkräften und den grönländischen Behörden; sein Hauptquartier befindet sich in Nuuk.

Dänemark muss eine delikate Balance zwischen knappen eigenen militärischen Mitteln und dem umfangreichen Hilfsangebot Verbündeter wählen. Allein wird es Grönland auch in Zukunft nicht verteidigen können. Kopenhagen ist auf die Unterstützung aus Washington angewiesen, muss aber den Anschein vermeiden, es lasse sich von dort die Politik diktieren. Trumps Angebot hat diese Zwangslage noch verschärft, weil der »absolut radikale Bruch« in den bilateralen Beziehungen das Königreich tief verunsichert hat.

Ausblick

Im absehbaren Zeitraum wird eine Union oder ein Verbund Grönlands mit Dänemark bestehen bleiben. Kopenhagen hat es auch deshalb befürwortet, den asiatischen Staaten einen Beobachterstatus im Arktischen Rat zu gewähren, weil sich dadurch leichter Investoren für Grönland und die Färöer Inseln finden lassen. Das wiederum verbessert sein Verhältnis zu den beiden Reichsgemeinschaftsterritorien und schwächt die zentrifugalen Kräfte innerhalb des Königreichs. Diese Intentionen sind gleichwohl

nachrangig gegenüber den zentralen außenpolitischen Zielen des Königreichs: Das Verhältnis zu den USA, zur EU und die eigene privilegierte Position in der Arktis sollen auf keinen Fall beschädigt werden. Das neue trilaterale Abkommen zur US-Basis in Thule ist geeignet, diese Interessen zu fördern.

Dänemarks Problem sind schließlich nicht allein die Ambitionen eines neuen Akteurs wie China oder des Arktisstaats Russland, sondern auch die dadurch wiedererweckte Aufmerksamkeit der USA für Grönland. Kopenhagen muss die widerstreitenden Interessen im Königreich austarieren und bei allem Verständnis für den Wunsch nach Unabhängigkeit seiner beiden autonomen Gebiete die eigene außen- und sicherheitspolitische Interessenlage im Blick behalten. Trumps Vorstoß hat den Preis für die Fortsetzung der Sicherheitskooperation erhöht. Der Erfolg des Thule-Abkommens zeigt aber auch die Möglichkeit auf, dass ein unabhängiges Grönland die Verteidigungskooperation mit den USA im trilateralen Interesse fortführen könnte, ohne dass damit Dänemark als Schutzmacht durch die USA (oder Kanada) abgelöst werden müsste.

Nuuk (und Torshavn) befinden sich in der komfortablen Situation, von mehreren Seiten umworben zu werden. Auch Erik Jensen, der voraussichtlich nächste Premier Grönlands, will zur Förderung der Unabhängigkeit prinzipiell mit allen Nationen – den USA wie China – Handel treiben. Dänemark wird sich bemühen, die zentrifugalen Kräfte so zu steuern, dass Nuuk zugleich unabhängiger werden und im Königreich bleiben kann. Schließlich verdankt es Grönland seinen Sitz im Arktischen Rat und ist dadurch ein umworbener Partner der Großmächte. Ein weiter fortschreitender Prozess der Unabhängigkeit hat damit signifikante Auswirkungen für die dänische Außen- und Sicherheitspolitik. Aber die Entscheidung darüber liegt letzten Endes in Nuuk und nicht in Kopenhagen.

Dr. Michael Paul ist Senior Fellow in der Forschungsgruppe Sicherheitspolitik.